

Bayerische Kliniken erwarten transparente und verlässliche Gesundheitspolitik

Nach vielen Jahren turbulenter und oft nicht konsequent zu Ende gedachter Kostendämpfungspolitik seien die Krankenhäuser gespannt und erwartungsvoll gleichermaßen wie es in der Gesundheitspolitik nach dem Regierungswechsel in Berlin mit der stationären Krankenhausversorgung weitergehe. Nach einer fünf Jahre andauernden und erfolgreichen Einführung eines neuen Finanzierungssystems mit so genannten Fallpauschalen bräuchten die Kliniken jetzt zwingend Kontinuität und eine verlässliche Planbarkeit der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen. Dennoch sahen die Vertreter der bayerischen Krankenhäuser, die Anfang Dezember zur traditionellen Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) nach München gekommen waren, noch ausreichend Korrekturbedarf für die schwarz-gelbe Koalition in Berlin.

„Das Morbiditätsrisiko muss schnellstens von den Krankenhäusern genommen werden. Es ist völlig inakzeptabel, wenn die Kliniken für die zunehmenden und schwereren Erkrankungen einer alternden Gesellschaft haften müssen“ betonte der BKG-Vorsitzende, Oberbürgermeister Franz Stumpf, vor den Geschäftsführern und Verantwortlichen der Kliniken und dem bayerischen Gesundheitswesen im vollbesetzten Münchner Rathaussaal. Eine klare Absage erteilte Stumpf den Ideen um einen Preiswettbewerb mit Rabattverträgen zwischen Kliniken und Krankenkassen. „Wenn der neue Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler die alten Ideen seiner Vorgängerin Ulla Schmidt wieder ausgräbt, um damit vielleicht sogar noch Einsparungen realisieren zu können, stehen Qualität und Planungssicherheit der gesamten stationären Gesundheitsversorgung auf dem Spiel.“

Besonders an den bayerischen Gesundheitsminister Dr. Markus Söder, für den die BKG-Mitgliederversammlung ein fester Bestandteil im Terminkalender ist, erging die Forderung Stumpfs nach ausreichenden Investitionsmitteln für die Kliniken im Freistaat. „Wir wissen um die schwierigen Rahmenbedingungen in der Wirtschaftskrise, aber die Kliniken als größter Bereich in der Wachstumsbranche Gesundheitswesen können nur Motor für den medizinischen Fortschritt sein und eine ausrei-



Die Mitgliederversammlung der BKG tagte Anfang Dezember im Münchner Rathaussaal.

chende und qualitative stationäre Versorgung mit höchster Qualität nur dann sichern, wenn ihnen wieder mehr Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden.“

Neben Stumpf wies auch der Geschäftsführer der BKG, Siegfried Hasenbein, am Rande der Mitgliederversammlung auf den drohenden Fachkräftemangel im Gesundheitswesen hin. Das Problem um fehlende Ärzte und Fachpersonal in der Pflege und den medizinisch-technischen Bereichen werde auch dadurch verstärkt, dass die eigentlich politisch gewollte Verzahnung des ambulanten mit dem stationären Gesundheitswesen in der Praxis auf viele Widerstände stoße. „Wir müssen die strikte Trennung von ambulantem und stationärem Bereich schnellstens aufbrechen und die personellen Ressourcen und das Know-how beider Sektoren gewinnbringend für den Patienten bündeln“ so der BKG-Geschäftsführer. Den Kliniken gehe es dabei wahrlich nicht um die Verdrängung des vertragsärztlichen Bereiches, sondern vielmehr um eine Ergänzung und ein

sinnvolles Miteinander. Die derzeit geplanten politischen Vorstellungen um die so genannten Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zum Beispiel stünden dazu allerdings im Widerspruch. Diese neuartige Organisationsform beinhalte in optimaler Form die fachübergreifende Behandlung auf kurzem Weg. Sie biete die Chance, dass Ärzte optimal ambulant und stationär zusammenarbeiten können. Darüber hinaus komme sie den Wünschen vieler gerade junger Ärzte nach einem Anstellungsverhältnis entgegen, weil sie das Investitionsrisiko einer eigenständigen Niederlassung scheuen, regelmäßige Arbeitszeiten bevorzugen und weil dies gerade den weiblichen Ärzten bedeutend besser ins eigene Familien- und Lebenskonzept passe. „Mit den geplanten Einschränkungen beim Betrieb von MVZ würde man viele positive Ansätze, die im Interesse von jungen Ärzten und Patienten liegen, gefährden. Das wäre ein Schritt in die falsche Richtung“ meint BKG-Geschäftsführer Hasenbein.

Dagmar Nedbal (BLÄK)